



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Dix, Arthur: Sozialisierung und Einzelwirtschaft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sozialisierung und Einzelwirtschaft

Von Arthur Dig



n unserer gährenden Zeit feiern Organisationswut und Produktionswut auf der einen, Freiheitsdrang und Arbeitsunlust auf der andern Seite einen wahren Hexensabbat. Wild brodeln die Gedanken durcheinander, jahrhunderte alte und neuere; es werden mit denselben Mitteln ganz verschiedene Ziele, dieselben Ziele mit ganz verschiedenen Mitteln erstrebt; Schlagworte fliegen durch die Luft und benebelt die Köpfe; wenn man aber genauer hinblickt, verbergen die gleichen Schlagworte grundverschiedene An- und Absichten. Bald tobt Organisationswut sich um ihrer selbst willen aus; bald ist sie eine Erscheinungsform der Produktionswut; bald wieder verfolgt sie umgekehrt den Zweck, die Menschen gerade aus den Bahnen dieser Produktionswut zu befreien. Die einen wollen sozialisieren, normalisieren und typisieren, um die deutsche Produktion zur höchsten Vollendung zu steigern und trotz aller feindlichen Friedensbedingungen Deutschland doch wieder einen sicheren Platz auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Die andern wollen sich ganz der Mittel der Zwangswirtschaft bedienen, nur um das nötigste Maß deutscher Produktion für den Eigenbedarf mit möglichst geringer Kraft- und Zeitaufwendung durchzuführen, damit jedem Arbeiter das höchste erreichbare Maß an freier Zeit verbleibe.

Stärkster Arbeitseifer und größte Arbeitsunlust bedienen sich tatsächlich in beträchtlichem Umfange der gleichen Mittel, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Die Propheten eines zum äußersten Extrem getriebenen Sozialismus und Kommunismus verkünden ihren Gläubigen, daß sie in Wahrheit nichts anderes verfolgen, als den äußersten Individualismus, meinen sie doch durch zweistündige Zwangswirtschaft einem jeden 22 Stunden absoluter Freiheit am Tage schenken zu können. So ist eine Begriffsverwirrung entstanden, in der Klärung bitter nottut; aber die Klärung kann nur das Ergebnis einer Währung sein, die wir wohl noch geraume Zeit über uns werden ergehen lassen müssen.

Letzten Endes drehen wir uns ja doch nur im Kreise herum um die tiefsten Zweckfragen aller Wirtschafts- und Sozialpolitik, um das Problem der Probleme: einer möglichst großen Zahl von Menschen ein möglichst großes Maß von Glück zuteil werden zu lassen. Die Produktionswütigen sehen das möglichst große Maß von Glück in der Befriedigung möglichst hoch geschraubter Bedürfnisse. Eine übertriebene Produktionssteigerung aber bedingt einen übertriebenen Arbeitsaufwand und läßt den produzierenden Menschen keine Muße, die Produkte ihrer übersteigerten Arbeit zu genießen. Die Arbeitsunlustigen sehen das größte Glück in größtmöglicher Ausdehnung der arbeitsfreien Zeit und gehen in der alleinigen Sorge um die Beschränkung des Arbeitsmaßes so weit, daß auch die Möglichkeit kultivierten Genusses der arbeitsfreien Zeit auf das äußerste eingeschränkt würde oder schließlich ganz in Fortfall käme.

Beide Teile bewegen sich so in einem fehlerhaften Zirkel. Ueberdies kommen die Berechnungen und Pläne beider Teile gerade in der gegenwärtigen äußeren Lage der deutschen Wirtschaft zur ungünstigsten Zeit. Wenn wir heute unsere Produktion und unseren Arbeitsaufwand bis an die letzten Grenzen des Menschenmöglichen steigern, so verrichten wir damit doch schließlich nur Frohnarbeit für unsere Feinde, die uns auch das letzte Produkt unseres emsigen Schaffens zu nehmen bereit sind. Letzten Endes erklärte sich ja schon vor dem Kriege die uns zuteil werdende Abneigung größtenteils aus unserem beispieldlosen Arbeitseifer, aus dem Arbeitszwang, den wir dadurch auf alle unsere Wettbewerber ausübten, denen wir ihre allgewohnte Muße beschränkten. Suchen wir diese Arbeitslast und diese emsige Produktionssteigerung jetzt noch weiter zu entwickeln, so wird die Welt nur wiederum in noch gesteigertem Maße scheel sehen auf diese deutsche Unrast und diesen überhitzten deutschen Wettbewerb.

Andererseits ist den extremsten Gegnern dieses Systems, deren Ziel man schließlich als eine natürliche Reaktion begreifen könnte, entgegenzuhalten, daß sie in ihrem Verlangen nach höchstmöglicher Nuße der äußeren Lage Deutschlands erst recht keine Berücksichtigung widmen. Der Gedanke, durch Sozialisierung und Normalisierung dahin zu wirken, daß die notwendige Güterproduktion mit geringst möglichem Arbeitsaufwande durchgeführt werde, mag in aller Ruhe und Sachlichkeit verfolgt werden in Zeiten blühender, gesicherter Wirtschaft und in Zeiten eines chronischen Arbeitermangels. Er wird aber höchst bedenklich in Zeitläuften, in denen unsere Wirtschaft daniederliegt, in die höchste Abhängigkeit vom Auslande gerät, und in denen es vor allen Dingen darauf ankommt, Millionen Arbeitsunlustige wieder zur Arbeit zu erziehen.

Heute sind wir mehr denn je darauf angewiesen, unseren Nahrungsmittelbedarf aus dem Auslande zu decken. Wir müssen also notgedrungen, da wir keine andere Möglichkeit der Anschaffung haben, Ausfuhr Güter produzieren. Um aber Ausfuhr Güter herstellen zu können, bedürfen wir auch eines Maßes von Rohstoffzufuhr, das beträchtlich hinausgeht über jene Mengen, die wir ohnehin benötigen zur Deckung unseres Eigenbedarfes an Kleidung und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfes. Die Einfuhr Güter müssen hergestellt werden zu wettbewerbsfähigen Preisen; hierzu ist angespannte und unter Nutzung aller technischen Möglichkeiten gehobene und vereinfachte Produktion erforderlich. Andererseits aber dürfen wir nicht die Wirtschaft, will sagen die Gütererzeugung, als Selbstzweck betrachten, dürfen nicht lediglich ausgehen von der Frage: Wie schaffen wir mehr Produkte? — sondern müssen die Frage voranstellen: Wie schaffen wir mehr Arbeitsgelegenheit, mehr Unterhalt für die vorhandenen Arbeitskräfte? — und dürfen auch die weitere Frage nicht vergessen: Wie schaffen wir mehr selbständige Existenzen?

Die Sozialisierung will für die wirtschaftlichen Zwecke im Grunde genommen ausschließlich unselbständige Existenzen schaffen, die in jedem Schritt gelenkt werden durch die staatliche Vormundschaft. Diese völlige Unselbständigkeit im wirtschaftlichen Leben versuchen die Propheten der Sozialisierung dadurch auszugleichen, daß sie für das zeitlich wesentlich erweiterte Privatleben größtmögliche Freiheit verheißen. Wenn aber die Sozialisierung und Normalisierung darauf hinausläuft, Arbeitskräfte zu sparen, so wird dadurch in der gegenwärtigen Lage nicht die freie Zeit der befriedigend entlohnten Arbeiter vermehrt, sondern es wird zunächst die Arbeitslosigkeit gesteigert, während es gerade eine unserer dringlichsten Aufgaben wäre, der Arbeitslosigkeit zu begegnen und alle Kräfte nutzbar unterzubringen.

Tatsächlich zeigt sich eben in dieser Epoche, in der alle Welt sich theoretisch mit dem Sozialisierungsproblem beschäftigt, praktisch die Erscheinung einer neuen Steigerung der Individualwirtschaft. Staatliche Zwangseingriffe und übersteigerte Arbeiterforderungen haben im Verein mit unserer äußeren Lage die industriellen Großbetriebe an den Rand des Ruins gebracht. Aber auch der mit fremden Kräften arbeitende Handwerkerbetrieb ist naturgemäß nicht in der Lage, die heutigen Forderungen der Hilfskräfte zu erfüllen. So zieht sich der Handwerksmeister zurück auf den Familienbetrieb und der arbeitslos gewordene Geselle und Arbeiter errichtet auch seinerseits einen kleinen Einzelbetrieb. Tatsächlich beobachten wir in den Städten ein plötzliches Anschwellen dieser kleinen Handwerksbetriebe, denen reichliche Arbeit zufällt durch das in fünf Ruhejahren des Handwerks ungeheuerlich gesteigerte Bedürfnis namentlich nach Reparaturarbeiten.

Diese mit einem Schlage neu auftommende Individualwirtschaft deckt, in freilich sehr bescheidenem Maße, das Bedürfnis nach Arbeitsgelegenheit abseits des staatlichen Zwanges und unerfüllbarer sozialer Forderungen. Sie steht in scharf ausgeprägtem Gegensatz zu den Sozialisierungswünschen, aber sie ist angesichts des Übermaßes beschäftigungsloser Kräfte als mindestens in gewissem Grunde zeitgemäß zu betrachten. Dieser Vorgang offenbart in seiner Weise, wie sehr wir uns gegenüber der Praxis auf Irrwegen befinden, wenn wir theoretisch nur

an die Steigerung der Produktion, nicht aber an die Unterbringung der Produktionskräfte denken.

In einem offenen Briefe vom 30. April d. J. hat der Bremer Großkaufmann Ludwig Roselius gegenüber den Vertretern technisch vollendeter Sozialisierung, die nur an die Produktion, nicht aber an die Produzenten denken, Walther Rathenau und Richard von Mülendorff, allgemein den Standpunkt vertreten, daß umgekehrt der Staat gerade Interesse an der Unterbringung möglichst zahlreicher selbständiger Existenzen habe, auch wenn die Produktion dabei vergleichsweise verringert, bzw. nicht unbeträchtlich verteuert wird.

Es ist ein falscher Grundgedanke, anzunehmen, daß beispielsweise eine Fabrik, wo sämtliche Stiefel für Deutschland hergestellt werden können, wirtschaftlich vorteilhafter für die Gesamtheit ist, als hunderttausend (100000) Handwerkerbetriebe, die über das ganze deutsche Reich verteilt sind. Selbstverständlich gebraucht eine Reichsfabrik weit weniger Arbeiter als 100000 Handwerkerbetriebe, die über das ganze deutsche Reich verteilt sind, schätzungsweise 30000 Arbeiter anstatt 300000. Ein Vergleich der Herstellungspreise ergibt wahrscheinlich, daß die Stiefel in der Reichsfabrik um mehrere Mark billiger hergestellt werden können. Die Rechnung verschiebt sich erst dann, wenn ich die Gegenprobe mache: 30000 Arbeiter ernähren nur 90000 Menschen, 300000 Arbeiter ernähren aber 900000 Menschen. Eine Staatsfabrik müßte also, um wirtschaftlich zu sein, so viel billiger arbeiten, als die Handwerkerbetriebe, daß von der Preisdifferenz von 810000 Menschen Lebensunterhalt und auch noch etwas darüber für sonstige Ausgaben gewonnen werden könnte. Dies ist aber auch nicht annähernd der Fall. Rechnen wir für den Verbrauch eines Menschen 1500 Mark das Jahr, so ergibt sich ein Betrag von 1215000000 Mark, um den die Staatsfabrik die Stiefel billiger müßte liefern können, als die 100000 Handwerkerbetriebe. Da nun ein solcher Betrag niemals erspart wird, so folgt, daß trotz des an und für sich höheren Einstandspreises für Stiefel die 300000 Handwerker volkswirtschaftlich billiger und vorteilhafter arbeiten, als die Staatsfabrik. Die Zentralisation der Betriebe ist nur dann moralisch gerechtfertigt, wenn ein Mangel an Arbeitern herrscht. Von diesem Standpunkt aus läßt sich auch das Vorgehen der großen kapitalistischen Gesellschaften, wie z. B. der A. E. G. vor dem Kriege rechtfertigen. Durch Zusammenschluß wurde zwar ein Betrieb errichtet, der für die Gemeinwirtschaft nachteilig war, der aber Arbeiter sparte. In der heutigen Zeit des Arbeiterüberflusses aber zur Zusammenlegung und Bergesellschaftung der Betriebe zu schreiten, ist ökonomischer und volkswirtschaftlicher Wahnsinn."

Jetzt beobachten wir das Satyrspiel, daß gerade das emsige Hinsteuern auf die Sozialisierung die umgekehrte Wirkung ausübt, eine Vermehrung der Individualwirtschaft im hier gekennzeichneten Sinne zu bewirken. Wir sehen eine Umkehrung der landläufigen Begriffe, wie sie sich namentlich in Anlehnung an die Lehren eines Karl Marx herausgebildet hatte. Man pflegte Marx vorzuhalten, daß er bei seiner Lehre lediglich die zwangsläufige Entwicklung der Industrie zum Großbetriebe im Auge gehabt, dagegen übersehen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft zur Förderung des Kleinbetriebes dränge. Man hing an der inneren Kolonisation und prägte das Schlagwort: „Bauerngut an Bauerngut vom Rhein bis zur russischen Grenze.“ Nun hat aber auch bezüglich der Landwirtschaft die Erfahrung des Krieges uns doch auch den ländlichen Großbetrieb aufs neue schätzen gelehrt; denn er birgt, die verhältnismäßig geringste Zahl von Selbstversorgern und demgemäß die Möglichkeit der Ausführung großer Produktionsüberschüsse an die in den Großstädten angehäuften Konsumentenmassen. In dem Augenblick zumal, in dem uns durch die Versailler Friedensbedingungen die Abtrennung der Ostmarken drohte, kam uns klar zum Bewußtsein, wie verhängnisvoll der Verlust dieser produktionsreichen Bezirke des Großgrundbesitzes für die Selbständigkeit und Sicherheit unserer Volksernährung sein muß, da wir gerade aus ihnen die verhältnismäßig reichsten Überschüsse an Brotgetreide, Kartoffeln, Zucker und Großvieh beziehen.

Während also auf der einen Seite der lange Zeit unterschätzte landwirtschaftliche Großbetrieb wieder zur rechten Wertung gelangt ist, sehen wir auf der anderen Seite in der Industrie den plötzlichen Ruin der Großbetriebe und das Wiederaufkommen des industriellen bzw. handwerksmäßigen Kleinbetriebes, in dem der Menschenüberfluß Unterkunft sucht. Infolge der wirtschaftlichen Bedingungen, die unsere Feinde uns jetzt aufzwingen, scheint sich ein Rückbau zu primitiver Wirtschaft vollziehen zu sollen, hervorgerufen durch die Zwangslage, jede Mehrproduktion an die Entente abliefern zu müssen, und hervorgerufen durch die ungewollte Wirkung der Sozialisierungspläne, die eine Steigerung der Individualwirtschaft nach sich ziehen.

Es müssen neue politische Gedanken ans Tageslicht, beziehungsweise die Gedanken, die heute in schillernden Schlagworten geborgen sind, politisch produktiv gestaltet werden, um der Politik eine Richtung zu geben, die nicht nur im staatsbauenden, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne als produktiv wirkend bezeichnet werden kann. Was wir brauchen, ist keine reine Produktionspolitik, sondern eine im höheren Sinn produktive Politik, die uns aus den Gährungen der Zeit herausführt zur Klärung, indem sie den widerspruchsvollen Zeitgedanken das Brauchbare entnimmt, und dadurch zur Ebnung der Widersprüche beiträgt. Eine wirtschaftliche und soziale Weltrevolution ist im Gange, und Deutschland muß danach trachten, ihr endgültiges Gepräge so zu beeinflussen, daß seiner eigenen, im Augenblick so hart bedrängten Zukunft Segen daraus erwächst. Von Osten her strebt man, der Weltrevolution das Zeichen des Bolschewismus aufzudrücken, im Westen will sich der alte Kapitalismus in allen seinen Entartungen wirtschaftlicher, sozialer und imperialistischer Art behaupten. Deutschland droht zum Kampfplatz zwischen Bolschewismus und Kapitalismus zu werden, wenn es nicht versteht, der Weltrevolution durch eigene produktive Politik, durch geistige Schöpfungskraft seiner führenden Männer, eine Wendung zu geben, die hindurchführt zwischen der Scylla des Bolschewismus und Charybdis des ausartenden Kapitalismus. Seiner alten Eigenart gemäß, erscheint gerade Deutschland berufen, diesen Ausweg zu finden und zu bahnen durch die soziale Demokratie im reinen Sinne, — nicht als allgemeine Gleichmacherei, die jeden aristokratischen Aufstieg ausschließt, nicht als sozialistisch-demokratisches Kompromiß im Sinne der heutigen Regierungsparteien; nicht durch die innere Unwahrhaftigkeit eines Regimentes Scheidemann-Dernburg, einer auf die Dauer unhaltbaren Verkuppelung trassierter Gegensätze; aber auch nicht durch die Herrschaft des einen der beiden hier künstlich zusammengetanen Extreme: nicht durch die Allgewalt des Sozialismus, oder gar die Diktatur der Arbeiterräte, nicht durch die Allgewalt des Kapitalismus, oder jene Diktatur, wie sie heute die Westmächte beherrscht.

Das Fundament, auf dem der deutsche Aufbau aufgerichtet werden muß, ist die Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Kräfte. Es fälscht jeden gesunden Grundgedanken, der in der Idee der Arbeiterräte stecken kann, wenn man die ausschließliche Gewalt unter der Firma der Arbeiterräte lediglich den Vertretern der großstädtischen Industriearbeiter geben will, die auch rein zahlenmäßig bei weitem noch nicht die Mehrheit des Volksganzen, auch nicht die Mehrheit aller schaffenden Kräfte darstellen. Jeder Teil muß zu seinem Recht gelangen, der Handarbeiter und der Kopfarbeiter, und nicht am wenigsten der Landwirt, bei dem Hand- und Kopfarbeit sich vereinen. In diesem weiten Sinne müssen wir zum Aufbau und zum Ausbau des Rätegedankens zu kommen trachten. Indem wir nicht die Geburtsstände und die Besitzstände übereinander, sondern die Berufsstände nebeneinander sichten, werden wir zu jenem Wirtschaftsparlament zu gelangen suchen, dessen wohlverstandene Aufgabe der soziale Klassen- und der wirtschaftliche Interessenausgleich ist, und das zugleich das politische Parlament der allgemeinen Volksvertretung durch die Befreiung von den hier allzusehr in den Vordergrund gerückten wirtschaftlichen Interessenkämpfen seinem eigentlichen, dem reinpolitischen und kulturellen Beruf, wiedergeben kann.

Wie der heute nun einmal in den Massen steckende Rätegedanke fruchtbar zu machen ist im Hinblick auf die Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Kräfte, so ist auch die Sozialisierungsfrage beherzt anzupacken und in produktiver Politik zu umgrenzen nach dem gleichen Gesichtspunkt der Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Stände! Leitgedanken bei der Lösung des Sozialisierungsproblems müssen füglich sein: Die Ausschaltung privatkapitalistischer Monopole; die pflegliche Konfervierung, bzw. Wiederbelebung der freiwirtschaftlichen Initiative; die Rationalisierung der Wirtschaftssysteme in Selbstverwaltung der Fachgruppen; das Mitbestimmungsrecht der Angestellten in sozialen Dingen bei die Arbeitsintensität anregender Gewinnbeteiligung; die volle Handlungsfreiheit der Leitung in wirtschaftlich-technischen Dingen.

Gegen die plutokratische Scheindemokratie nach westlichem Muster könnten sich auf dem Boden deutschen Geisteslebens und in Deutschland ausgeprägten sozialen Empfindens sehr wohl führende Köpfe der rechts von der sogenannten demokratischen Partei stehenden Gruppen mit solchen der Rechtssozialisten zusammenfinden auf gemeinwirtschaftlichem Boden. Außerhalb der heute in die Regierung hinein verunglückten sozialdemokratischen Führer gebracht es auch in dieser Partei nicht an Männern, die einer wahrhaft produktiven Politik zustreben und die manche geistige Verbindung haben mit weiter rechts stehenden Politikern. Diese Gruppe der sozialdemokratischen „Aktivisten“ heischt mehr und mehr Beachtung und wäre wohl in der Lage, auch den breiten Massen Ideale zu geben, die nicht nur in steter Opposition zu verfolgen sind, sondern in tatkräftigem Neubau.

Wir müssen zum Bewußtsein der nationalen Solidarität gegen zerstörenden Bolschewismus und verzehrenden internationalen Riesenkapitalismus gelangen. In höchster deutscher Not bedürfen wir burgfriedlicher Verständigung über eine einheitlich aufgebaute Außen- und Innenpolitik, die ausgeht von der harmonischen Vereinigung des (äußeren) Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und des (inneren) Selbstbestimmungsrechtes des Volkes als Ganzes und als Individuum, unter Ablehnung des drohenden Rassenkampfes im Völkerbund, unter Ablehnung aber auch des Klassenkampfes im Volk.

So zeichnen sich langsam die Grundrisse für deutschen Neubau ab. Das Volk harret der Führer, die heute noch in den Massen gährende Gedanken aus unfruchtbaren Schlagworten umprägen zu Leitsätzen produktiver Politik, die ihm die Schaffensfreude wiedergeben und den Glauben an deutsche Zukunft neu beleben.

Diese Zukunft ist nicht gesichert durch Organisationsmut und Produktionsmut, nicht gesichert durch zwangswirtschaftliche Sozialisierung, nicht gesichert bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsunlust, sondern nur bei gebührender Berücksichtigung des Dranges nach wirtschaftlicher Freiheit, der Notwendigkeit, die vorhandenen Arbeitskräfte unterzubringen und auch ihrer individuellen Betätigung den nötigen Spielraum zu lassen. Das ungewollte Hinwirken überhitzter Sozialisierungsgedanken auf das Wiedererstehen primitiver Individualwirtschaft zeigt, wie weit wir uns von den verfolgten Zielen entfernen, wenn wir rein schematisch und theoretisch an die schwierigsten wirtschaftlichen Grundfragen herantreten, ohne dem menschlichen Individualismus Rechnung zu tragen.

